

Antrag Nr. 10-O-16-0023

SPD und FDP

Betreff:

Zukunft der Jugendverkehrsschule

Antragstext:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FDP-Fraktion:

Der Magistrat und das Dezernat für Schule und Gesundheit werden aufgefordert, auch in Zukunft den Betrieb der Jugendverkehrsschule zu ermöglichen und geeignete, Wetter unabhängige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Betrieb der Jugendverkehrsschule geschieht in Zusammenarbeit zwischen Stadt, die entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellt und der hessischen Polizei, die für das notwendige, fachkundige Personal sorgt. In Wiesbaden sind derzeit vier Polizeibeamte als Verkehrserzieher eingesetzt. Durch den Wegfall der Räume am Platz der deutschen Einheit und den angekündigten Verzicht auf den Neubau einer entsprechenden Halle, ist dieses bewährte und erfolgreiche Konzept der Verkehrserziehung in Wiesbaden in Gefahr. Die geplant dezentrale Nutzung von Schulhöfen – zum Beispiel der Geschwister-Scholl-Grundschule - kann allein wetterbedingt kein Ersatz für eine Halle sein und es besteht die begründete Gefahr, dass die Unfallzahlen der Rad fahrenden Klarenthaler Kindern wieder ansteigt.

Wir gehen davon aus, dass mit etwas Kreativität entsprechende Räume in geplante Projekte zu integrieren wären bzw. eine geeignete Halle gefunden werden könnte.

Das hohe Niveau der Verkehrserziehung sollte im Interesse der Kinder unbedingt aufrecht erhalten werden.

Wiesbaden, 08.03.2010